

Rede von Dr. Bärbel Kofler, MdB am 24.11.2015

zur 2./3. Lesung des Haushaltsgesetzes 2016, Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Einzelplan 23

Dr. Bärbel Kofler (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach den Beiträgen der beiden Vorredner habe ich gedacht: Entweder ist im Haushalt gar nichts passiert, oder es ist ein Wunder passiert. Meistens liegt die Wahrheit irgendwo in der Mitte. Ich bin sehr froh - da bin ich bei Ihnen, Herr Klein -, dass dieser Haushalt im Vergleich zum Haushalt 2015 um mehr als 800 Millionen Euro aufgestockt wird. Die entscheidende Frage ist ja immer: Was ist die Vergleichsbasis? Wo ich bei Ihnen bin, Frau Hajduk: Auch ich bin enttäuscht - ich glaube, mit mir auch viele andere Entwicklungspolitiker -, dass es uns nach Vorlage des Regierungsentwurfs nicht gelungen ist, die für Entwicklungsarbeit noch einen Aufwuchs zu erreichen. Das wäre dringend nötig gewesen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN)

Wir Fachpolitiker der Koalition haben das gemeinsam beantragt, gefordert und, wie ich glaube, auch gut begründet. Wir haben alle unsere Forderungen mit der Fragestellung untermauert: Was ist für die Bekämpfung der Fluchtursachen relevant, aber auch zur Verbesserung der humanitären Situation in den Flüchtlingslagern und in deren Umgebung? Damit verbunden - auch das möchte ich an dieser Stelle sagen - war auch die Frage der Mediation zwischen

Mittel sind erforderlich, um Kapazitäten in den entsprechenden Ländern aufzubauen.

Ich glaube, wir müssen darauf ein ganz anderes Augenmerk richten. Das bedarf, mit Verlaub, auch entsprechender Mittel. Das kann - ich hoffe, ich habe Sie falsch verstanden - nicht dadurch kompensiert werden, dass man hier im Inland Geld für Flüchtlinge ausgibt - diese Ausgaben erfolgen zu Recht - und dann über die Frage ihrer ODA-Anrechnungsfähigkeit diskutiert. Damit werden Fluchtursachen nicht bekämpft.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, wir müssen uns noch einmal gemeinsam hinsetzen und wirklich darüber nachdenken, wie wir diese langfristige Entwicklungszusammenarbeit finanzieren können. Da hilft auch keine Schuldzuweisung. Man kann, glaube ich, bei jeder Fraktion etwas finden, zu dem man sagen kann: Da hätten wir schon besser sein können. Daran müssen wir also, glaube ich, wirklich gemeinsam arbeiten.

Ich möchte die Themen des Institutionenaufbaus und der Fragilität noch einmal ansprechen. Wir haben uns vor eineinhalb Jahren um das Thema „Ebola“ bemüht und alle festgestellt, um was es geht: Es fehlen Gesundheitsinstitutionen, die Menschen in einer Epidemie-Situation in ihrer Not auffangen und Dienstleistungen anbieten können. Ist jetzt wirklich beim Institutionenaufbau in diesem Bereich etwas passiert? Ich behaupte einmal, dass viel zu wenig geschehen ist. Dabei handelt es sich um eine mittel- und langfristige Aufgabe auch der Entwicklungszusammenarbeit. Dafür brauchen wir mittel- und langfristig auch zusätzliche Gelder.

(Beifall bei der SPD)

müssen wir uns auch um unsere Handels- und Wirtschaftsverträge kümmern, dabei geht es auch um das Thema der internationalen Steuervermeidung.

Bei der Konferenz zur Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit in Addis Abeba war die Behandlung der sogenannten Illicit Flows, also der illegitim verschobenen Gelder, ein ganz spannendes Thema. Das ist nicht nur ein Thema für die Industrieländer, sondern das belastet auch die Haushalte der Entwicklungsländer enorm. Deshalb müssen wir da herangehen.

Der Mbeki-Report der UN-Kommission für Wirtschaft in Afrika befasst sich mit der Steuervermeidung und illegalen Steuerverschiebung. Der Bericht geht davon aus, dass die Steuerausfälle in Afrika pro Jahr 50 bis 150 Milliarden Euro - es ist ja immer schwierig, Ausfälle zu beziffern - betragen. Dabei geht es nur darum, was durch transnationale Konzerne an Verlusten entsteht.

Wenn wir an das Thema herangehen, hat das etwas mit guter Regierungsführung zu tun. Es hat aber auch durchaus etwas mit Justiz bzw. der Durchführung von Gesetzen, mit der Einnahmesituation der entsprechenden Länder, der Rahmensetzung für Zukunftsentwicklung und der langfristigen Bekämpfung von Armut zu tun. Das müssen wir angehen. Das ist ein Beispiel für die Rahmenbedingungen, bei denen wir ansetzen müssen.

Ein weiteres Beispiel dafür - das möchte ich abschließend ansprechen - sind die Arbeitsplätze. Wir müssen nicht nur Arbeitsplätze schaffen, sondern wir müssen gute Arbeitsplätze schaffen. In den Ländern muss Wertschöpfung möglich sein. Das hat viel mit Handelsverträgen zu tun. Die Arbeit, die auf diese Weise entsteht, muss die Menschen dazu befähigen, von ihrer Arbeit auch leben zu können.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei
Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)